Gegen die Missachtung von Armut. Klassismus endlich ernst nehmen

Der Soziologe Andreas Kemper plädiert dafür, dass die Fragen von sozialer Herkunft viel stärker in den Blick genommen werden müssen, um gesellschaftliche Konfliktpotenziale zu beseitigen.

TUP: Was ist Klassismus?

Andreas Kemper: Klassismus ist eine Diskriminierungs-, Unterdrückungsform wie Rassismus oder Sexismus. Klassismus meint Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft oder aufgrund der sozialen Position. Menschen, die obdachlos oder arbeitslos sind oder eine sogenannte niedrige soziale Herkunft haben, die müssen damit rechnen, klassistisch benachteiligt zu werden. Wobei Obdachlosigkeit an sich schon Klassismus ist, weil niemand in einem so reichen Land wie Deutschland wohnungslos sein müsste. Klassismus ist aber nicht nur Ausbeutung, sondern auch Macht, Gewalt. Gewalt in dem Sinne, dass Menschen, die von Klassismus betroffen sind, häufiger auch Gewalt ausgesetzt sind und ihnen auch Gewalt öfter "zugeschoben" wird. Kürzlich las ich einen Kommentar zu toxischer Männlichkeit, wonach toxische Männlichkeit dem sogenannten "Proll" zugeschrieben wird; er ist der gefährliche Mann. Das ist eine klare Zuschreibung von Gewalt. Klassismus insgesamt ist jedoch unsichtbarer.

Inwiefern?

Wir haben etwa im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz keinen Punkt, der Klassismus anspricht. Wir haben einen Katalog von sechs verschiedenen Diskriminierungsformen. Soziale Herkunft, Armut spielen jedoch keine Rolle.

Was sind die Gründe?

Das hat zu tun mit der Frage von Interessenvertretung. Zum Zeitpunkt, als die EU in den 1990er-Jahren einen Katalog von Diskriminierungsformen diskutierte, war soziale Herkunft als Kategorie noch enthalten. Irgendwann sind die vier Kategorien Behinderung, sexuelle Orientierung, Alter und soziale Herkunft aus dem Katalog herausgefallen. Unter dem berechtigten Protest und Druck verschiedener Lobbygruppen wurde der Katalog wieder überarbeitet. Einzig: Für die Frage nach der sozialen Herkunft gab es keine Fürsprecher und entsprechend keinen Platz mehr im Katalog. Es gibt keine Selbstorganisierung von etwa Arbeiterkindern. Darum steht das nicht im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz – und zwar europaweit. An dieser Stelle zeigt sich wieder, wie Interessenvertretung und Formulierung von Klassen zusammenhängen.

Wie kann das sein? Denn eigentlich sind ja genug Untersuchungen bekannt, die das Problem benennen.

Absolut. Aber es geht ja bei politischen Parteien immer auch darum, Wählerstimmen zu gewinnen. Wir haben auf der einen Seite eine sehr gut organisierte Lobby der gut verdie-

nenden reichen Akademiker. Die wollen, dass ihre Kinder bevorteilt werden. Sie werden mit ihren Anliegen auch gehört. Auf der anderen Seite haben wir gar nichts. Wahlen oder Volksentscheide zeigen immer wieder, dass in den Bereichen die Beteiligung gering ist, wo ärmere Menschen leben, und umgekehrt. Es gibt eine Partizipationsschere entlang der Linie zwischen Arm und Reich. In einer Untersuchung zum Wahlverhalten bei der letzten Landtagswahl in Thüringen mit Blick auf die AfD werden zwei Punkte deutlich: Die Partei war dort erfolgreich, wo früher die NPD stark war. Und, zum Zweiten, dort, wo zuvor nicht gewählt wurde, konnte die AfD große Zugewinne machen. Die Ursache für die fehlende politische Partizipation der armen Menschen ist zugleich eine Ursache dafür, dass die AfD so stark wird.

Warum ist das Klassismuskonzept bei den gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Zuständen, mit denen wir zu tun haben, noch nicht prominenter geworden?

Das hat vor allem mit einem Wandel von den alten zu den neuen sozialen Bewegungen in den 1970er-Jahren zu tun. In den 1970er-Jahren entstanden die Frauenbewegung, die Schwulen-Lesben-Bewegungen, die Ökologiebewegungen, die Friedensbewegung. Das waren die neuen sozialen Bewegungen. Die alte soziale Bewegung, das war Klassenkampf; das war Gewerkschaftsbewegung oder die starke Organisierung von Arbeitern und deren Interessen in einer Partei. Es gab aber nicht nur ein neues soziales Subjekt, sondern das Eintreten für neue Politikformen weg von dem Repräsentationsmodell über Gewerkschaften oder Parteien hin zu einer Unmittelbarkeit.

Könnten Sie das noch ein wenig präzisieren?

Bei den alten sozialen Bewegungen dominierte das Repräsentationsmodell. Sprich: Interessenvertretung über Repräsentation. Nach der Devise: "Wählt uns, und wir werden das dann für euch machen." Wenn es dann irgendwann eine bessere Gesellschaft gibt, werden es auch Arbeiterkinder besser haben. Arbeiterkinder mussten sich gar nicht als Arbeiterkinder organisieren, sondern das ging vor allem über Parteien oder Gewerkschaften.

Bei den neuen sozialen Bewegungen hätte der Alltag von Arbeiterkindern theoretisch eine Rolle gespielt, aber die hatten sich inhaltlich vom "Klassenkampf" entfernt, und die Frage von sozialer Herkunft ist damit unter den Tisch gefallen. Die Klassenbezogenheit existierte im Denken und Handeln der alten sozialen Bewegungen, aber nicht bei den neuen sozialen Bewegungen. Dafür stand bei den neuen sozialen Bewegungen etwa die Frage von Alltagsdiskriminierung viel stärker im Mittelpunkt. Diese war bei den alten sozialen Bewegungen und den Arbeiterkindern eher kein Thema. Idealerweise müsste man also das Beste aus beiden Bewegungen zusammenbringen. Anders gesagt: Es ist die Aufgabe des Klassismuskonzepts, die Ökonomiefrage in diese Antidiskriminierungsfragen einzubringen.

Wie eng ist der Zusammenhang zwischen Klassismus und Rassismus?

Sehr eng. Wenn man sich heute anschaut, wer eigentlich arm ist, dann hat man hauptsächlich Menschen mit Migrationshintergrund. Ein Beispiel aus den USA, das aber auch für Deutschland gelten kann: In New Orleans habe ich seinerzeit nach dem Hurrikan Katrina mitgearbeitet und geforscht. Folgendes war deutlich zu erkennen: Wer arm war, war schwarz,

und wer schwarz war, war arm. Hier waren die Überschneidungen von Rassismus und Klassismus nachweislich zu erkennen.

Mit Blick auf Arbeitslose, und vor allem Langzeitarbeitslose, wird in verschiedenen Untersuchungen eine wachsende Ablehnung der Betroffenen durch andere gesellschaftliche Gruppierungen festgestellt. Wer lehnt diese Gruppe ab und warum?

Eigentlich alle Gesellschaftsschichten. Es gibt auch Ablehnung von Arbeitslosen gegenüber Arbeitslosen. Das ist dann eine Art Selbst-Klassismus. Die entscheidende Frage aber ist: Wer hat Interesse daran, dass es diese Vorurteile gibt? Das sind vor allem Leute mit ökonomischem und politischem Einfluss; sie verhindern, dass darüber aufgeklärt wird und dass es Gerechtigkeit gibt.

Was ist eigentlich Rassismus?

Rassismus ist Diskriminierung aufgrund von Zuschreibungen, die mit Ethnie, mit Hautfarbe usw. verknüpft sind; mit Fremdheit, lokaler Fremdheit. Beim Rassismus kann man noch Alltagsrassismus unterscheiden von einem eliminatorischen Rassismus, bei dem es in Richtung Vernichtung geht. Aber das sind quantitative Unterschiede, die ineinander übergehen.

Es gab und gibt die Verknüpfung von Klassismus und Rassismus; es gibt Verteilungskämpfe. Nehmen Sie die Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008. In dem Zusammenhang sind sehr viele individuelle Ängste geweckt und Unsicherheiten geschürt worden. Viele Menschen fragten sich, ob sie etwa noch ihre Wohnung bezahlen können. Nun sind seit 2015 Migranten gekommen, die natürlich auch irgendwo wohnen möchten. Es ist im Alltag dann wiederum sehr viel einfacher, gegen Migranten anzugehen als etwa gegen ein Unternehmen wie BlackRock. BlackRock ist ein weit entfernter Konzern, der irgendwo in den Vereinigten Staaten sitzt und von dem man gar nicht mitbekommt, wie er funktioniert. Selbst wenn man sehen würde, wie er funktioniert, hätte man das Gefühl, man kann gegen diesen Giganten gar nichts machen, man blickt nicht durch.

Aber bei Migranten sieht man: Die wohnen hier in der Nachbarschaft und die kriegen plötzlich Wohnraum. Es ist also ein Kampf um die wenigen Ressourcen. Da ist es sichtbar. Bei BlackRock ist es nicht sichtbar, wobei BlackRock viel gefährlicher ist und viel mehr Schaden anrichtet als Menschen, die aus Not heraus fliehen müssen.

Sind die skizzierten Befunde ein oder der Nährboden für den stetigen Erfolg der AfD? Oder gibt es auch noch andere Gründe?

Ich denke schon. Was aber auch noch eine wichtige Rolle spielt, ist die Anti-Political-Correctness-Strategie der Partei.

Was ist das für eine Strategie?

Der Begriff Political Correctness – übersetzt Politische Korrektheit – ist ein Begriff, der damals von Sponti-Linken gegen eine Partei-Linke angeführt wurde. Er wurde dann Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre von Konservativen in den Vereinigten Staaten instrumentalisiert. Er wurde quasi umgedreht und dann gegen diese Sponti-Linke – nicht gegen die Partei-Linke – verwandt. Er wurde gegen Feminismus, gegen Antirassismus verwendet.

Wenn man "Politische Korrektheit" hört, hört man zuerst "Korrektheit". "Politisch" ist dann die Bestimmung, es geht eigentlich aber um Korrektheit. Plötzlich waren nun die Linken die Korrekten, die Spießer. Das "Politisch" wird einfach mitgesagt, aber eigentlich geht es um die Verdrängung des Politischen.

Inwiefern?

Eigentlich geht es darum, dass die Rechten die Politik verändern wollen. Sie wollen keine demokratische Politik mit Minderheitenschutz, mit Aushandlungsprozessen; sie wollen vielmehr eine Meta-Politik. Meta-Politik meint, dass es eben nicht um Aushandlungsprozesse geht, sondern dass es höhere Werte gibt; höhere Werte, die von Gott oder durch das organisch gewachsene Volk gegeben sind. Diese wiederum sind nicht verhandelbar. Sie sind nur interpretierbar. Interpreten dieser Wahrheiten sind Priester oder völkische Führer.

Parallel dazu geht es auch gegen Menschenrechte. Anti-Political-Correctness wendet sich gegen Menschenrechte und führt dagegen eine bestimmte Form von "Naturrecht" an. Dieses Naturrecht wiederum im Sinne einer höheren Wahrheit, einer gottgegebenen Wahrheit, die wiederum über Meta-Politik zu interpretieren ist. Björn Höcke etwa spricht zum Beispiel von "Menschenrechtsextremismus" im Sinne von "Man kann es mit den Menschenrechten auch übertreiben". Maximilian Krah von der AfD in Sachsen – als Anwalt im Übrigen für die Piusbruderschaft tätig – sagt ganz klar, dass die Partei das Naturrecht gegen die Menschenrechte in Stellung bringen müsse. Frauenrechte, Rechte von Schwulen und Lesben oder auch Kinderrechte müssen beiseitegedrängt werden und sind den höheren Werten unterzuordnen.

Wer legt diese Werte denn dann fest?

Das sind die Mächtigen. Das sind diejenigen, die die Kirche oder eine bestimmte Art von Religion oder eben das original deutsche Volk vertreten. Mit dem Vorwurf Politischer Korrektheit wird letztlich die eigentliche Diskussion, wie gerecht mit Minderheiten umgegangen werden kann, wie Minderheiten in die Diskussion einbezogen werden können, als Correctness diffamiert, um dann wiederum eine meta-politische Diskussion aufzumachen, wonach es eigentlich um höhere Werte geht.

In der AfD gibt es Ihren Analysen zufolge drei starke Gruppierungen: den völkischen Flügel, neoliberale Hardliner*innen und streng gläubige Christ*innen. Welcher dieser drei Blöcke ist gegenwärtig dominant, oder müssen alle drei zusammenwirken, damit die Partei überhaupt funktioniert? Wie ist die Gemengelage?

Diese drei Flügel wissen inzwischen, dass sie zusammenhalten müssen und ohne einander nicht auskommen. Andererseits ist auch klar: Der völkische Flügel um Höcke steht kurz davor, vom Verfassungsschutz als rechtsextrem und damit als verfassungsfeindlich geführt zu werden. Wenn dem so ist, bekommen die ganzen Beamten in der AfD Probleme. Vielleicht nicht unbedingt die älteren Beamten. Die haben ihre Pensionen und werden diese wahrscheinlich auch nicht verlieren. Aber jene, die Karriere machen wollen, werden Schwierigkeiten bekommen, wenn die AfD als verfassungsfeindlich geführt wird.

Wenn der Höcke-Flügel als rechtsextrem geführt werden sollte, wird die ganze Partei als extrem geführt werden?

Nein. Das hat man in der Links-Partei seinerzeit ja auch gehabt. Die Kommunistische Plattform wurde als linksextrem geführt, aber nicht die gesamte Linke.

Kann man da noch trennen?

Das ist die Schwierigkeit. Ich denke, der nicht faschistische Flügel der AfD hat ein Interesse daran, dass das getrennt wird. Andererseits ist der Flügel dabei, seine eigenen Strukturen auszubauen.

Wie tragfähig ist folgende These: Die AfD wird irgendwann versuchen, sich von ihrem extremen Flügel zu trennen, weil sie regierungsfähig werden möchte. Ist das vorstellbar? Momentan nicht. Momentan ist der Flügel so mächtig vertreten innerhalb der AfD - und das hat zugenommen. Obschon beispielsweise dem brandenburgischen AfD-Vorsitzenden Andreas Kalbitz nachgewiesen wurde, dass er seit 1993 immer wieder in neonazistischen Zusammenhängen auftauchte, wurde er beim Bundesparteitag in einer Stichwahl gegen einen Flügel-Kritiker in den Bundesvorstand gewählt. Der faschistische Flügel kann also bei Bundesparteitagen über 50 Prozent der Stimmen mobilisieren. Im Herbst 2019 hat die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag Alice Weidel – die ursprünglich noch als Höcke-Gegnerin galt – in der Akademie des neurechten Instituts für Staatspolitik gesprochen. Erik Lehnert, Geschäftsführer beim Institut für Staatspolitik, ist unmittelbar danach in den Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung der AfD aufgerückt. Die Verwebungen der Partei mit dem extremen Umfeld nehmen kontinuierlich zu. Man kann die Leute aus dem Flügel nicht einfach alle rausschmeißen. Die Zeiten sind vorbei. Das hätte vielleicht noch 2017 geklappt. Nachdem das Thüringer Landesschiedsgericht entschieden hat, dass Höcke nicht rechtsextrem ist und er der Partei nicht schadet und rausgeworfen werden dürfe, war es vorbei. Neben Höcke gibt es noch den Fall Andreas Kalbitz, der von 1993 bis 2015 durchgehend neonazistischer Funktionär war. Er hat mit einem Briefkopf von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) zu einem Zeitpunkt Sachen verschickt, als diese schon als rechtsextrem galt. Das war eine rechtsextreme Organisation, die beim Verfassungsschutz geführt wurde. Und: Es gibt bei der AfD eine Unvereinbarkeitsliste, in der die JLO steht. Kalbitz hat mit deren Briefkopf Veranstaltungen usw. organisiert. Der müsste eigentlich sofort rausfliegen. Es gibt aber keine einzige Reaktion von der AfD. Im Gegenteil: Er wurde, wie gesagt, auf dem letzten Parteitag in den Vorstand gewählt.

Es fragt aber auch keiner wirklich nach, oder?

Wenn die Medien sagen: Wir wollen die AfD nicht komplett ignorieren, weil sie gewählt ist, dann müssten sie in meinen Augen genau so etwas nachfragen. Das passiert zu selten.

Haben Sie eine Idee, warum das nicht passiert?

Ich weiß nicht, ob das ein Gewohnheitseffekt ist. Da bin ich ehrlich gesagt überfragt. Meine eigenen Erfahrungen sind die, dass es immer wieder Bedenken gibt, die Dinge klipp und klar beim Namen zu nennen.

Wie sehen Sie den Umgang der anderen Parteien mit der AfD? Zu defensiv?

Meiner Meinung nach wurde direkt am Anfang ein Fehler gemacht. Es gab etwa 2012 bei den Parteien die Strategie, die AfD zu ignorieren: Da machen wir nichts, das wird sich von selbst erledigen usw. Die AfD wurde unterschätzt. Die Parteien haben ihre eigenen Parteienforscher. Die waren wahrscheinlich nicht offen genug. Die Konrad-Adenauer-Stiftung etwa hatte gar nicht auf dem Schirm gehabt, dass da eine neue Partei entstehen kann, obwohl seinerzeit ständig darüber diskutiert wurde, ob wir eine neue Sarrazin-Partei bekommen. Es gab keine Offenheit.

Nun sprechen die Wahlergebnisse der letzten zwei bis drei Jahre eine deutliche Sprache. Dennoch wird man als Beobachter*in den Eindruck nicht los, dass von demokratischen Politiker*innen oder den Medienvertreter*innen zu wenig Kritik geübt wird.

Ich glaube, die AfD wird immer noch unterschätzt und verharmlost. Wenn die AfD faschistisch oder pro-faschistisch ist, dann muss das Konsequenzen haben.

Welche?

Dann muss das Konsequenzen haben für ARD oder ZDF in den Nachrichtensendungen. Dann muss klar sein: Die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag ist eine faschistische Partei, die lassen wir nicht zu Wort kommen, weil es unser Auftrag auch ist, Demokratie zu schützen. Mit Faschisten geht das aber nicht. Eigentlich müsste es auch einen großen Journalismuskongress geben, der sich genau dieser Frage stellt. Für die Politik gilt das Gleiche.

Die Behauptung, dass die Partei ein Übergangsphänomen ist, zieht nicht mehr?

Nein. Ich glaube, es müsste allen klar sein, dass die AfD nicht so schnell weg ist und nun in den Gremien und Behörden wirkmächtig wird.

Man könnte ja auch sagen: Auf Deutschland bezogen gibt es 10 bis 15 Prozent Rechtsextreme oder Faschist*innen. Das wissen wir schon seit Jahren und müssen damit jetzt umgehen lernen.

Die Partei darf kein Normalzustand werden, weil sie keine normale Partei ist. Und eines darf man auch nicht vergessen: Die Zunahme von rechtsextremen Anschlägen hat direkt mit der AfD zu tun beziehungsweise hat die gleichen Ursachen. Die AfD selbst stagniert seit drei Jahren. Die Zugewinne, die sie in den letzten Wahlen erhielt, die hatte sie schon vor drei Jahren gewonnen. Aber: Sie kommen jetzt in die Behörden rein. Sie institutionalisieren sich jetzt. Sie werden Stiftungsgeld bekommen. Das können hohe zweistellige Millionenbeträge werden. An vielen Hochschulen werden sie ihre Stipendiaten haben und bringen dort die ganze Ideologie voran. Das bedeutet für einen weißen Deutschen nicht so viel, aber Migranten müssen damit rechnen, dass es weiter rassistische Anschläge gibt; dass sich Rassismus stabilisiert. Der Höcke-Flügel formuliert seit Jahren das Narrativ, wonach die AfD die letzte evolutionäre Chance ist: Wenn jetzt nichts passiert, geht Deutschland unter; wenn jetzt die AfD nicht an die Macht kommt, dann ist alles verloren. Für junge Männer, die das glauben und sehen, kann das Folgendes bedeuten: Wenn die AfD nicht an die Macht kommt und

Deutschland unterzugehen droht, dann muss ich handeln. Dann haben wir Leute wie beim versuchten Anschlag auf die Synagoge in Halle 2019, die aus eigenem bestem Gewissen Attentäter werden.

Sind wir dann beim von Klaus Theweleit beschriebenen soldatischen Körper?

Genau. Die soldatischen Körper sind ja auch heute noch da, wenn auch nicht im selben Maße wie nach dem Ersten Weltkrieg. Und sie entwickeln sich nur sporadisch und noch nicht massenweise wie in faschistischen Staaten zu Tätern. Jedenfalls so lange nicht, solange die AfD nicht eine autoritäre Bildungs- und Erziehungspolitik einführt. Das ist ja ein großer Unterschied zur Weimarer Republik. Wir haben eine ganz andere Pädagogik. Aber die soldatischen Körper werden quasi geweckt. Denen wird indirekt durch die Volkstod-Rhetorik nahegelegt: Jetzt könnt ihr losschlagen, keine halben Sachen. Das wird dadurch befördert.

Was ist jetzt von den demokratischen Kräften unbedingt gefordert?

Bildungspolitik und politische Partizipation sind ganz wichtig. Und dann sind wir auch wieder beim Thema Klassismus. Wo der politische Fatalismus am größten ist, wird am wenigsten gewählt; wo die politische Teilnahme am geringsten ist, ist die AfD am stärksten. Das heißt, wir müssen die politische Partizipation der Ärmeren stärken. Wir müssen das Bildungssystem ändern. Es gab nach dem Zweiten Weltkrieg die Forderung der Alliierten, dass in Deutschland ein Bildungssystem eingeführt wird, wo alle Kinder gemeinsam bis zur 9. Klasse auf eine Schule gehen, weil die frühe soziale Selektion zur Untertanenmentalität beigetragen hat. Das würde ich heute auch sagen. Wir können den Kindern nicht beibringen, dass alle Menschen gleich sind, wenn wir sie schon nach der 4. Klasse aufteilen in Hauptschule, Realschule, Gymnasium. Mit der frühen Aufteilung wird schon früh klargemacht, dass die Menschen doch nicht gleich sind; dass es Gewinner und Verlierer gibt. Schule ohne Rassismus ist wichtig. Aber das geht nur in einer Schule, wo tatsächlich alle gleich sind.

Interview: Peter Kuleßa

Andreas Kemper

ist Soziologe und Publizist und forscht zu Klassismus und Bildungsbenachteiligung, Antifeminismus und Männlichkeit, AfD und Neue Rechte. Er ist Mitglied im AK Rechts des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung.

E-Mail: andreas.erich.kemper@gmail.com